

Zeitschrift: Wohnen

Herausgeber: Wohnbaugenossenschaften Schweiz; Verband der gemeinnützigen Wohnbauträger

Band: 59 (1984)

Heft: 5

Artikel: Wohnfragen in Basel

Autor: Mühlmann, Hans E.

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-105297>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 28.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wohnfragen in Basel

Ende März 1984 hat in Basel eine von der Basler Regierung veranlasste Veranstaltung stattgefunden, die sich mit den für den Stadtkanton entscheidend wichtigen Fragen von Bevölkerungszahl und Wohnraum beschäftigt hat. In nicht weniger als 13 Kurzreferaten beschäftigten sich kompetente Fachleute damit, die vorhandenen Probleme zu schildern und Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Rückgang der Bevölkerung

Zwar ist sicher der Bevölkerungsrückgang nicht ein allein für Basel typisches Problem. Doch unterscheidet sich ein solcher Rückgang für Basel sehr stark von der Bevölkerungsabnahme etwa in der Stadt Zürich, weil aus Basel-Stadt Abwandernde gezwungenenmassen den Kanton wechseln müssen, während im Falle der Stadt Zürich Wegziehende der Stadt zwar verlorengehen, in den allermeisten Fällen aber innerhalb des Kantons bleiben.

Regierungspräsident Dr. Kurt Jenny wies denn auch in seinem einleitenden Kurzreferat eindringlich darauf hin, dass sich zwischen 1955 und heute die Einwohnerzahl des Kantons Basel-Stadt von über 230000 auf unter 200000 vermindert hat. Gleichzeitig hat sich die Zahl der Wohnungen von etwas mehr als 50000 auf knapp über 100000 nahezu verdoppelt.

Unterbelegung der Wohnungen

Daraus ergibt sich, dass die Zahl der Haushalte sich ebenfalls beinahe verdoppelt hat – bei gleichzeitig wesentlicher Verminderung der Zahl der Bewohner. Tatsächlich ergeben Statistiken, dass heute im Kanton Basel-Stadt auf jede Wohnung nur noch 1,85 Bewohner entfallen, während es noch Anfang der fünfziger Jahre drei Bewohner je Wohnung waren. Dazu kommt eine entscheidende Veränderung der Bevölkerungsstruktur: Zählte man Anfang der sechziger Jahre noch über 41000 Kinder im Alter unter 15 Jahren, so sind es heute nur noch um 23000. In ungefähr demselben Zeitraum hat sich der Anteil der 65jährigen und älteren Bewohner auf 19,7% erhöht, während sich dieser Anteil gesamtschweizerisch nur auf 10,4% beläuft.

Während von 1970 bis 1980 die Zahl der Haushalte mit drei und mehr Personen um 29% zurückgegangen ist, stieg in der gleichen Zeit die Zahl der Einperso-nenhaushalte um nicht weniger als 50%. In rund 48% der Wohnungen mit vier und mehr Zimmern wohnten 1980 nur eine oder zwei Personen.

Mangel an Bauland

Der Kanton Basel-Stadt ist heute praktisch vollkommen überbaut. Neue Wohnungen können innerhalb seiner Grenzen kaum mehr erstellt werden. Das ist einer der wesentlichsten Gründe für die Bevölkerungsabnahme. Dazu mag noch kommen, dass viele Menschen begreiflicherweise den Drang verspüren, aus den engen Quartierstrassen zu fliehen, um sich im Grünen anzusiedeln. Dabei muss freilich gesagt sein, dass auch «das Grüne nicht mehr gar so grün» ist.

Zentrumsfunktion der Stadt

Basel bildet inmitten einer Agglomeration von 500000 bis 600000 Einwohnern den eigentlichen «Dienstleistungsbetrieb» für die in der Stadt und ihrer näheren und ferneren Umgebung lebenden Menschen. Wir denken etwa an die Universität und an das Universitätsspital. Daneben aber gibt es die vielgestaltigsten Einrichtungen, die eben nur die Stadt bietet. Und das zeigt dann auch die Problematik dieses Stadtstaates, der nicht nur seinen Einwohnern dient, sondern weit darüber hinaus Dienste anbietet, die oft selbstverständlich angenommen und benutzt werden, weniger selbstverständlich aber bezahlt werden. Ge-wiss, es hat sich in den letzten Jahren manches gebessert, und die umliegenden Kantone helfen Leistungen tragen, wenn auch nicht im notwendigen Umfang.

Erstrebtes und Erreiches

Im Herbst 1976 hatte bereits einmal eine Tagung stattgefunden, an der ähnliche Probleme behandelt wurden, und man darf sagen, dass seitdem doch das eine und andere unternommen worden ist, um vorab das Problem der Unterbelegung von Wohnraum zu bekämpfen. Dabei ist festzustellen, dass es nicht des Anstoßes von aussen bedurfte, um vorab Genossenschaften zum Handeln zu bewegen. Am bekanntesten ist wohl das Beispiel des Genossenschaftsverbandes «Gotthelf-Iselin-Quartier», zu dem sich sechs Basler Wohngenossenschaften zusammengetan hatten, um gemeinsam eine Alterssiedlung zu errichten, die rund 160 Wohnungen umfasst. Damit wurde es möglich, freigewordenen, bisher unterbelegten Wohnraum für Familien zur Verfügung zu stellen.

Ein anderes Beispiel bietet eine Genossenschaft, die ihre Mietermitglieder mit einem Beitrag von 40 Franken pro Jahr belastet, um mit diesen Mitteln ihre Alterswohnungen verbilligen zu können!

Daneben sind wirtschaftliche Unternehmen bestrebt, ihre werkeigenen Wohnungen so weit als möglich für Fa-

mili en zur Verfügung zu stellen oder ursprünglichen Wohnraum, der lange für Bürozwecke verwendet worden ist, wieder in Wohnraum umzuwandeln.

Basel steht in bezug auf Wohnraum vor schwierigen Problemen, die nur gelöst werden können, wenn öffentliche Hand, Wirtschaft und Vermieter – und darunter auch die Wohngenossenschaften – zusammenarbeiten, um im Interesse eines lebensfähigen Kantons Basel-Stadt alle Massnahmen zu treffen, die geeignet sind, wieder eine ausgewogene Bevölkerungsstruktur herbeizuführen, leistungsfähige Unternehmungen zu erhalten, den Staatshaushalt gesunden zu lassen und eine gerechte Lasten- und Aufgabenteilung innerhalb der Region herbeizuführen.

Hans E. Mühlmann, Basel

Umstrittene Anpassung von Baurechtszinsen

Unter dem Vorsitz ihres Präsidenten Hans Rohner (St. Gallen) führte die Vereinigung Ostschweizerischer Wohnbau-Genossenschaften ihre diesjährige Generalversammlung durch. Neben den statutarischen Traktanden mit Ergänzungswahlen in den Vorstand stand ein Referat von Dr. Fritz Nigg, Zentralsekretär des SVW, über «Die Anpassung von Baurechtszinsen aus der Sicht der Genossenschaft» auf dem Programm.

Im vergangenen Jahr konnte die Vereinigung Ostschweizerischer Wohnbau-Genossenschaften weitere Mitglieder



Am Vormittag vor ihrer Delegiertenversammlung besichtigten die Ostschweizer Genossenschaften das Energiesparzentrum in St. Gallen, wo sie sich auch ein Referat von Dr. W. Tobler, Bundesamt für Wohnungswesen, über die individuelle Heizkostenabrechnung anhörten. Nach einer spannenden Diskussion über dieses Thema gab die Mittagspause Gelegenheit zu persönlichen Gesprächen. Unser Bild zeigt links E. Noger, Aktuar der Ostscheizer Sektion und Mitglied der Techn. Kommission SVW, Zentralsekretär Dr. F. Nigg und (etwas angeschnitten) J. Stammbach, Präsident der BAWO Bau- und Wohngenossenschaft St. Gallen.